

# Wahlprogramm 2009 -2014

## der FDP im Kreis Heinsberg



Der derzeitige demographische Wandel ist eine besondere Herausforderung. Andere Parteien bewirken dabei eine teilweise Umkehrung der Folgen dieses Wandels.

Der Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft und lebenslanges Lernen verändern die Gesellschaft bis in die Familien hinein. Attraktive Angebote in Kultur und Sport, besonders für die Jugend, können Beitrag zum Sozialverhalten, zur Bildung und zur Gesundheit sein.

Der Bürger mit seinem ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagement ist die tragende Säule der freiheitlichen Gesellschaft. Darum ist mehr Staat keine Lösung. Eine schlanke, leistungsfähige, bürgernahe Verwaltung unterstützt alle Bürger bei flächendeckendem Zugang zu notwendigen Informationen, zu Bildungs- und sozialen Einrichtungen und bei der Gestaltung des Zusammenlebens im nachbarlichen Umfeld. Wir unterstützen den Bürger, der sein Leben eigenverantwortlich für soziale Gerechtigkeit in Freiheit gestalten will.

Zur künftigen Gestaltung des Kreises Heinsberg bedarf es langfristiger Lösungen. Daher verfolgt die **FDP** im Kreis Heinsberg zur Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen am 7. Juni 2009 folgende Ziele:

- I. Bildung: Köpfe sind unser Kapital
- II. Soziale Verantwortung für Jugend, Familie und Senioren
- III. Kultur schafft eine lebendige Gesellschaft
- IV. Vereine sind ein Aushängeschild
- V. Demographischen Wandel bewältigen
- VI. liberaler Rahmen für kommunale soziale Marktwirtschaft
- VII. Infrastruktur
- VIII. Umwelt, Landwirtschaft und Energie sichern die Zukunft für unser Leben
- IX. Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungen
- X. aktive Verantwortung für unser Zusammenleben
- XI. Kreis Heinsberg: Im Herzen Europas
- XII. Wer soll das bezahlen?

## I. Bildung: Köpfe sind unser Kapital

Bildung braucht Freiheit und Wettbewerb. Bildung ist ein Standortfaktor für Ansiedlungsentscheidungen und eine Investition in unsere Kinder und unsere Zukunft. Schulen sollen auch erziehen und Werte vermitteln. Lebenslanges Lernen und Weiterbildung ist allen zu ermöglichen. In einer Zeit, in der die politischen Ränder versuchen, Einfluss zu gewinnen, muss insbesondere die politische Bildung stärker fokussiert werden.

Bildung beginnt aber schon vor der Schule in Elternhaus und Kita. Schon in der Kita soll spielend gelernt, sollen die Erzieherinnen entsprechend qualifiziert werden. Freie und kirchliche Träger von Kitas dürfen gegenüber staatlichen Einrichtungen nicht benachteiligt werden. Wir brauchen Netzwerke zwischen Kitas, Schulen, Betrieben und der Verwaltung, um Bildungsprozesse zu stärken.

Junge Menschen brauchen kurze Wege und kleine Klassen für große Leistungen. Aufgabe der Politik ist es, den Schulen möglichst viel Eigenverantwortung und den Eltern Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Schulkonzepten zu geben. Die Schulen sollen selbst über ihr pädagogisches Profil, über Spezifik und Schwerpunkte ihrer Lehrpläne, über ihr Personal und über ihre Sachmittelausstattung entscheiden. Dazu ist es wichtig, dass neben dem Staat auch privates Sponsoring möglich ist. Betriebe und Unternehmen haben Interesse daran, dass ihre zukünftigen Mitarbeiter bestmöglich qualifiziert sind. Jede weiterführende Schule sollte daher eng mit der freien Wirtschaft, aber auch Hochschulen und Arbeitsagenturen zusammenarbeiten, um möglichst früh bei einer ersten beruflichen Orientierung behilflich zu sein.

Die **FDP** bekennt sich dazu, dass Schule auch erziehen und Werte vermitteln muss. Wir wollen keine ständige Debatte über Schulstrukturen, sondern Freiheit für verschiedene staatliche und private Modelle, die sich im Wettbewerb um die „Kunden“ bewähren müssen. Die Abschaffung der Schuleinzugsgebiete war ein wichtiger Schritt. Eltern haben freies Wahlrecht.

Wir befürworten zentrale Prüfungen nach der 10. Klasse und ein Zentralabitur. Wie das zur Prüfung nötige Wissen vermittelt wird, liegt hierbei in der Verantwortung der jeweiligen Schule. Die Schulkonferenz und der Schulträger sollen über die Klassenstärken entscheiden. Der demographische Wandel darf nicht zur Schließung führen, sondern kann dazu genutzt werden, die Schüler-Lehrer-Relation zu verbessern. Kleine Schulen sind zu erhalten, wenn die Schulträger es wollen und finanzieren. Private Schulen dürfen gegenüber staatlichen Schulen nicht schlechter behandelt werden. Die Übergänge zwischen den einzelnen Schulformen müssen problemlos möglich gemacht werden.

Lehrer sind heute Organisatoren des Lernens, Trainer, Begleiter und Berater und für die Rahmenbedingungen des Lernprozesses und auch die Disziplin zuständig. Sie benötigen daher auch den Freiraum, neue pädagogische Konzepte und Forschungsergebnisse zu erlernen, um sie im Unterricht umsetzen zu können. Die **FDP** fordert, dass die Schulen ein Budget erhalten, um die Lehrer selbst einzustellen. Wenn Schulen selbst Lehrer einstellen dürfen, wird sich auch die Lehrerbildung an den Hochschulen, die praxisbezogen erfolgen muss, stärker dem Wettbewerb stellen müssen.

Dem Fachkräftemangel ist durch Perspektiven vor Ort vorzubeugen. Wir brauchen Bildung auf modernstem Stand. Zusätzlich sind die Erfahrungen und Fähigkeiten älterer Mitbürger zu nutzen. Wir brauchen u.a. betriebliche Ausbildungsverbände und Patenschaften für begleitende Maßnahmen bei der Ausbildung von Jugendlichen mit Ausbildungsproblemen.

Lebenslanges Lernen gewinnt immer mehr Bedeutung. Berufliche Fort- und Weiterbildung für die Älteren haben den gleichen Stellenwert wie Schule und Studium für die Jüngeren. Bildungseinrichtungen wie die Volkshochschule oder die Kreismusikschule, aber auch die Weiterbildung in den Betrieben sind zu fördern. Entsprechende Angebote müssen deshalb gehalten bzw. erweitert werden. Das erworbene Wissen soll natürlich auch nach den Ausbildungen im Kreis Heinsberg bleiben. Durch Bindung an Unternehmen und enge Zusammenarbeit kann dies gewährleistet werden. Daher müssen Anreize für Unternehmen im Kreis Heinsberg geschaffen werden Mitarbeiterfort- und Weiterbildung zu ermöglichen. So werden z. B. berufsbegleitende Studiengänge in unserer Region zu wenig angeboten. Die berufliche Erfahrung vieler Senioren lässt sich auch für die Weiterbildung nutzen. Dazu müssen auch private Angebote bekannter gemacht werden. Außerdem befürwortet die **FDP** die Gründung einer Jugendherberge im Kreis Heinsberg.

Die Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung sowie zur Bildungs- und Freizeitgestaltung (z.B. Sprachenlernen) mit Hilfe moderner Kommunikationstechnologien sind auf die gesamte Bevölkerungsschicht auszuweiten. Alle Bildungseinrichtungen müssen optimal ausgestattet werden. Der Kreishaushalt und die kommunalen Haushalte haben hierzu Prioritäten zu bilden.

Auch der Sanierung und baulichen Erhaltung unserer Schulgebäude muss im kommunalen Haushalt mehr Beachtung zukommen, denn Bildung investieren heißt nicht zuletzt auch in das Umfeld investieren. Zur Erweiterung unserer Schullandschaft wird die **FDP** sich auch für die auch für die Schaffung einer internationalen und mehrsprachigen Privatschule im Kreis Heinsberg einsetzen.

Auf lange Sicht müssen auch Bestrebungen gefördert werden, einen Hochschulstandort im Kreis Heinsberg zu verwirklichen.

## II. Soziale Verantwortung für Jugend, Familie und Senioren

Mit liberaler Sozialpolitik wollen wir denjenigen helfen, die dazu selbst nicht in der Lage sind. Dies erfordert eine Konzentration auf das Wesentliche. Sozialleistungen sollen den Betroffenen helfen, aber auch einen Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung bieten. Deshalb muss deren Zielgenauigkeit überprüft werden. Bei der Erfüllung sozialer Aufgaben ist das private Engagement zu fördern. Wir unterstützen deshalb besonders Nachbarschaftshilfen, Betreuungsvereine, Eigeninitiativen und Selbsthilfegruppen. Durch die demographischen Veränderungen steigt die Zahl hilfebedürftiger älterer Mitbürger erheblich an. Die daraus entstehenden sozialen Aufgaben können nur durch ein Zusammenwirken professioneller Dienste mit ehrenamtlichen Helfern in der Kommune gelöst werden.

Die Teilhabe von Bürgern mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben muss verbessert werden. Die **FDP** fordert behindertengerechten Zugänge zu öffentlichen und kulturellen Einrichtungen im Kreis Heinsberg.

Die Verirrung junger Menschen zum Extremismus ist vor allem eine Folge von Perspektivlosigkeit und Überforderung der Erziehenden. Die **FDP** will mehr Mittel für die Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen und den Ausbau von Betreuungsangeboten für Familien. Angebote projektorientierter Jugendarbeit wie sind zu fördern, um die Bindung junger Menschen an unsere Heimat zu erhöhen. Die **FDP** möchte den jungen Menschen im Kreis Heinsberg eine Stimme geben. Ein heranzuführen an politische Partizipation muss hierbei durch Fachpersonal gewährleistet sein. Projektorientierte Beteiligung von Jugendlichen ist zu gewährleisten. Beim Neubau von Sport- und Spielanlagen bis hin zu Mitgestaltungsmöglichkeiten bei Schulan- und umbauten. In welcher Form die Kinder und

Jugendlichen jedoch beteiligt werden möchten, dass müssen sie selber entscheiden können. Die Städte und Gemeinden sind aufgerufen die Jugendlichen politisch partizipieren zu lassen. Aufgabe des Kreises wird es sein den Erfahrungsaustausch der verschiedenen aktiven Jugendlichen kreisweit durch Veranstaltungen und Gespräche z.B. organisiert durch das Jugendamt zu gewährleisten.

Die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinden hängt davon ab, dass junge Familien vor Ort Perspektiven finden. Bei der Umsetzung der von Bund und Land kommenden Vorgaben für die Betreuung von Kindern setzt die **FDP** nicht nur auf staatliche Betreuungseinrichtungen, sondern auch auf private Anbieter. Kommunen sollen darauf achten, ausreichend Spielplätze-, Bolz- und Sportplätze sowie Grünflächen für Kinder zur Verfügung zu halten.

Über kostenlose Schulspeisung und Schülerbeförderung entscheiden die Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst. Forderungen nach kompletter Übernahme von Speisekosten sind jedoch oftmals unfinanzierbares Wunschdenken bzw. Wahlkampfgeplänkel linker Parteien. Die **FDP** setzt sich hierbei für eine engere Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft. Es ist über Patenmodelle nachzudenken um Kosten der Schülerspeisung zu senken.

Die **FDP** setzt im Sozialbereich auf die Partnerschaft mit nichtbehördlichen Beratungsträgern. Arbeit, bürgerschaftliches Engagement und politische Teilhabe als Ausdruck von Freiheit und Verantwortung im Alter sind Grundforderungen liberaler Gesellschaftspolitik.

Im Bereich der Sucht- und Drogenpolitik setzt sich die **FDP** für eine stärkere Prävention ein. Drogenkranke sollen und müssen möglichst wohnortnah medizinische und psychologische Hilfe erhalten können. Den Ärzten im Kreis Heinsberg sind Anreize zu schaffen, in ihrer Praxis auch Suchtpatienten anzunehmen. Finanzielle Leistungen an Suchtkranke sind möglichst durch materielle Leistungen zu ersetzen um hier den Konsum von Drogen nicht zusätzlich zu unterstützen.

### III. Kultur schafft eine lebendige Gesellschaft

Bei Bevölkerungsrückgang und abnehmender Mobilität muss für die Bewohner des äußeren Entwicklungsraumes die Möglichkeit erhalten bleiben, am kulturellen Leben teilzuhaben.

Kultur ist in besonderer Weise ein Feld für das persönliche und ehrenamtliche Engagement der Bürger. Dabei ist Kultur für Liberale nicht nur ein Stück Lebensqualität, sondern ein wichtiger Standortfaktor für die Kommunen und ein wesentlicher Beitrag zur Förderung des Tourismus. Kultur muss zu den Menschen kommen und nicht umgekehrt.

Für Kultur- und Heimatpflege durch privates Engagement in Vereinen, sind gute Rahmenbedingungen zu schaffen, wie etwa durch Bereitstellung von kommunaler Infrastruktur (Räumlichkeiten usw.).

Kulturelle Bildung, z.B. beim Musizieren, ist auch soziales Training. Sie schult Kinder und Jugendliche, friedlich und fair miteinander umzugehen und gemeinsam etwas zu erarbeiten. Das kulturelle Erbe und der Heimatpflege wirkt einer Abwanderung unserer Jugend entgegen.

Musikschulen sind ein Teil der öffentlichen kulturellen Daseinsvorsorge. Im Bereich der musikalischen Betätigung und Erziehung sind Kooperationen auch mit Kindergärten, Schulen und anderen Einrichtungen anzustreben. Das Landesprojekt „Jedem Kind ein Instrument“ soll auch im Kreis Heinsberg umgesetzt werden.

#### IV. Vereine sind ein Aushängeschild

Ein umfassendes Angebot zur aktiven Freizeitgestaltung ist nicht nur eine Standortfrage, sondern darüber hinaus ein wesentlichen Beitrag zu Bildung, Sozialverhalten und Gesundheit.

Wir unterstützen den Breitensport ebenso wie den Spitzensport und die sportliche Betätigung als Freizeitgestaltung oder Therapie. Die bestehenden Sportstätten sollen bei gleichzeitiger Rekonstruktion und Modernisierung erhalten und dem Übungs- und Trainingsbetrieb der gemeinnützigen Vereine bereitgestellt werden. Bei neuen Sportstätten sollen auch interkommunale Kooperationen ins Auge gefasst werden.

Kultur vor Ort ist der unverzichtbare Gegenpol zu Gewalt, Gleichgültigkeit und Willkür. Wichtige Träger der Kultur sind die Vereine. In ihnen werden die Grundwerte menschlichen Zusammenlebens und des selbstlosen Einsatzes für andere vermittelt. Mit ihren zahlreichen ehrenamtlichen Kräften leisten sie gerade in der Jugendarbeit einen wichtigen und unbezahlbaren Beitrag für unsere Gesellschaft.

Die **FDP** unterstützt das Ehrenamt in den vielfältigen Vereinen im Kreis Heinsberg. Die Bewerbungen von Vereinen für die Ausrichtung internationaler Veranstaltungen unterstützen wir.

Wir fordern daher:

- Verbesserung und Intensivierung in der Zusammenarbeit mit den Vereinen und Bürgergemeinschaften.
- Weitestgehende Gebührenfreiheit im Zusammenhang mit der Durchführung von Vereinsveranstaltungen
- Erhaltung der finanziellen Zuwendungen an Vereine
- Den Abbau von Schranken und Hindernissen für ehrenamtliches Engagement und die Förderung und Anerkennung des Arbeitens für die Gesellschaft.
- Anerkennung von ehrenamtlichen Engagement

#### V. Demographischen Wandel bewältigen

Im Kreis Heinsberg werden Arzt- und Schulbesuch, aber auch Beantragungen von Harz IV-Geldern oder der Fahrerlaubnis für die auf dem Land lebende Bevölkerung immer schwieriger. Die **FDP** fordert die Umsetzung mobiler und dezentraler Versorgungskonzepte und den weiteren Ausbau von Online-Beantragungsverfahren. Wir brauchen auch für diejenigen, die zuhause nicht über einen PC verfügen, rollende Rathäuser, die zu den Menschen fahren. Die Internetauftritte aller Kommunen sind zu verbessern und benutzerfreundlicher zu gestalten.

Die medizinische Versorgung muss auch in der Fläche gewährleistet werden. Schon jetzt herrscht in Teilen des Kreisgebiets ein zunehmender Ärztemangel. Selbst die hausärztliche Versorgung ist zunehmend gefährdet. Die gesetzlichen Rettungsfristen müssen eingehalten werden. Die verfehlte Gesundheitspolitik der Bundesregierung macht das Problem nur noch schlimmer. Deshalb sind Möglichkeiten zu schaffen, einen Praxisbetrieb flexibel zu gestalten. Notfallpraxen dürfen nicht zum Ersatz für lokale Versorgung werden.

Leben verlangt Mobilität und somit die Anpassung und Flexibilisierung des ÖPNV. Reicht die Nachfrage nach Linienverkehren nicht mehr aus, so müssen alternative, flexible und wirtschaftliche Lösungen angeboten werden.

In einer Zeit, in der viele Familien nicht mehr im Familienverbund beisammen sind, ist es wichtig, dass betreutes Wohnen und andere offene Angebote Möglichkeiten bereitgestellt werden. Hierdurch ist die Selbstbestimmung im Alter weitestgehend gewährleistet. Die Informationsmöglichkeit über die verschiedensten Einrichtungen muss ausgeweitet werden.

Eine alternde Gesellschaft verlangt neue Lösungen. Es müssen Angebote für Senioren geschaffen werden, damit ein erfülltes Leben auch im Alter möglich ist. Barrieren müssen abgebaut werden. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die Politik alle Generationen im Auge haben muss. Alt und jung bilden eine Gesellschaft, der Dialog zwischen den Generationen ist ein großer Reichtum.

### VI. liberaler Rahmen für kommunale soziale Marktwirtschaft

Die **FDP** will insbesondere jungen Bürgern eine Perspektive bieten. Jeder ausbildungswillige Jugendliche soll im Kreis einen Ausbildungsplatz bekommen. Arbeitsplätze mit beruflichen Chancen sind Voraussetzung dafür. Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der mittelständischen Wirtschaft sind der Schlüssel für künftige Chancen der Einwohner, geringere Soziallasten für den öffentlichen Haushalt und mehr Stabilität für das Gemeinwesen.

Angesichts der hohen Auspendlerzahl im Kreis Heinsberg strebt die **FDP** das Ziel an, vermehrt für Erwerbstätige einen Arbeitsplatz im Kreis anzubieten. Durch Förderung der ansässigen Betriebe und eine aktive Werbung um Neuansiedlungen wollen wir bestehende Arbeitsplätze dauerhaft sichern und neue Stellen schaffen. Gerade junge Unternehmen sind nach Kräften zu unterstützen. Daher fordert die **FDP**, dass Genehmigungsverfahren vereinfacht und verkürzt werden, damit keine Verwaltung neuen Ideen Steine in den Weg legt.

Kommunale Wirtschaftsförderung muss ein mittelstandsfreundliches Klima für Unternehmer und Investitionen schaffen. Neben der Infrastruktur einer Kommune sind die politischen und administrativen Verhältnisse entscheidend für die Beurteilung eines Standortes. Die Verantwortung auf kommunaler Ebene reicht von der Festsetzung von Hebesätzen über die Umsetzung des Bau- und Umweltrechts bis zur Vermeidung von Hürdenläufen durch die Bürokratie.

Deshalb wollen wir die konsequente Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen und die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Leistungen sind an private Unternehmen zu übertragen, wenn diese die Leistungen bei gleicher Qualität und Zuverlässigkeit zu gleichen oder niedrigeren Preisen erbringen können. Kommunen dürfen sich nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn ein dringender öffentlicher Zweck dies erfordert. Dabei ist nicht nur zu prüfen, ob es sich um eine kommunale Aufgabe handelt, sondern zusätzlich darzulegen, weshalb auch die Erfüllung dieser Aufgabe kommunal und nicht durch beauftragte Private wahrzunehmen ist.

Falls kommunale Unternehmen nicht privatisiert oder ersetzt werden können, dürfen diese ihren öffentlichen Auftrag nicht auf so genannte Nebentätigkeiten ausweiten. Ihr Mehrwertsteuerprivileg und der fehlende Zwang zu echter Kostenkalkulation verzerren den Wettbewerb zulasten des Mittelstands.

Die Rekommunalisierung von Leistungen lehnt die **FDP** grundsätzlich ab.

Private Unternehmen sollen gegen Verletzungen obiger Grundsätze klagen können. Die gemeindewirtschaftsrechtlichen Regelungen müssen auch und gerade dem Schutz mittelständischer und kleiner Unternehmen dienen.

In den Beteiligungsberichten der Kommunen und in den Jahresabschlüssen kommunaler Unternehmen sind im Interesse einer höheren Transparenz die Gehälter der Vorstände bzw. Geschäftsführungen offen auszuweisen.

Die FDP im Kreis Heinsberg will die Offenlegung der Bilanzen kommunaler Gesellschaften. Damit die Vergabe kommunaler Aufträge transparent wird, haben die Gemeinden regelmäßig Vergabeberichte vorzulegen.

Für Transparenz und wirksame demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen Betätigung fordert die FDP im Kreis Heinsberg eine ausnahmslose Pflicht zur vorherigen öffentlichen Bekanntmachung von Plänen zur Gründung oder Erweiterung kommunaler Unternehmen. Das Berufen auf Betriebsgeheimnisse verträgt sich nicht mit den demokratischen Verpflichtungen der Kommunalverwaltungen.

Die Fraktionen der FDP im Kreisgebiet setzen sich konsequent für die Einhaltung obiger Grundsätze ein.

## VII. Infrastruktur

Dazu gehört insbesondere die Verbesserung der Infrastruktur im Kreis: Straße, Schiene und der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Persönliche Mobilität ist für die FDP eines der wichtigsten Grundbedürfnisse menschlichen Lebens!

Im Kreis Heinsberg mit seiner ländlichen Struktur stößt die Vorstellung eines flächendeckenden und engmaschigen ÖPNV-Angebotes aber schnell an finanzielle Grenzen. Darum messen wir dem motorisierten Individualverkehr einen hohen Stellenwert zu.

Die FDP im Kreis Heinsberg will die bekannten Bundes- und Landesstraßenbauprojekte fortführen. Behördliche Kompetenzstreitereien dürfen derartige Projekte nicht behindern. Auf Kreisebene muss der Schwerpunkt auf Ortsumgehungen liegen.

Wir sind für einen sinnvollen Ausbau des Radwegenetzes, jedoch müssen Radwege zuerst dort gebaut werden, wo sie sinnvoll und aus Sicherheitsgründen notwendig sind. Bei der Ausweisung von Radwanderrouuten ist darauf hinzuweisen, dass auf Wirtschaftswegen dem landwirtschaftlichen Verkehr Vorrang zu gewähren ist.

Ortskerne, insbesondere in touristischen Gemeinden, sind durch geeignete verkehrsberuhigende Maßnahmen zu entlasten. Bei verkehrsberuhigten Zonen in Innenstädten ist die Belieferung von Handel und Gewerbe zu gewährleisten.

Parkverbotszonen sind nur dort einzurichten, wo parkende Autos tatsächlich Autos, Radfahrer und Fußgänger behindern. Überflüssige Verkehrsschilder und künstliche Hindernisse, die nicht der Verkehrssicherheit dienen sind zu entfernen. Tempo-30-Regelungen sind auf reine Wohngebiete sowie Strecken vor Schulen, Kindergärten, Spielplätzen und sonstigen Gefährdungsbereichen mit zeitlicher Begrenzung zu beschränken. Ein gut ausgebautes Fuß- und Radwegenetz soll für sichere Wege zu Kindergärten und Schulen sorgen. An den Haltestellen des ÖPNV soll es sichere Fußgängerüberwege geben. Querungshilfen reichen hier oft nicht aus.

## VIII. Umwelt, Landwirtschaft und Energie sichern die Zukunft für unser Leben

Regionen, die von der Landesregierung ohne Wachstumskern sich selbst überlassen werden, erhalten durch Landwirtschaft und Tourismus eine neue Chance.

Landwirtschaft ist eine High-Tech-Branche. Die Kommunalpolitik kann durch entsprechende Rahmenbedingungen Wachstum fördern und eine gesicherte Lebensgrundlage für Arbeitnehmer im ländlichen Raum bieten. Landwirte brauchen Rechts- und Planungssicherheit. Die Liberalen werden sich populistischen Beschlüssen entgegenstellen, die Landwirten pauschal oder sogar nachträglich Anbaumethoden untersagen.

Als liberale und zukunftsorientierte Partei wird sich die **FDP** für einen vermehrten Einsatz von alternativen Energieformen einsetzen. Dies geschieht jedoch kritisch. Dem Neubau von sogenannten Windparks soll keine Genehmigung erteilt und auch keine weiteren Flächen im Kreis Heinsberg hierfür ausgewiesen werden. Wir sind gegen Subventionen für Windräder und gegen Windparks in Regionen, die Rast-, Brut- oder Durchzugsgebiet von großen Vogelpopulationen sind.

Das Offenhalten der Option zur Braunkohlenutzung beinhaltet kein Nachlassen der Bemühungen um Weiterentwicklung und stärkeren Einsatz alternativer Energien. Das belegt auch die bisher erfolgreiche Entwicklung entsprechender Unternehmen in Kreis Heinsberg auf den Gebieten Solarthermie, Photovoltaik, Biogasnutzung und Geothermie. Diese Vielfalt muss insbesondere an effektiven Standorten weiter gefördert werden.

## IX. Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungen

Die Gestaltung gemeindlicher Entwicklung soll nicht allein den gewählten Vertretern und der Verwaltung überlassen bleiben. Bürger sollen in die Entscheidungsprozesse der gewählten Vertreter und der Verwaltung rechtzeitig und umfassend einbezogen werden. Das neue Kommunalrecht gibt den Kommunen die Möglichkeit, in ihren Hauptsatzungen die Rechte der Bürger festzulegen. Dies ist ein Schritt zu mehr Eigenständigkeit der Kommunen. Das darf aber nicht dazu führen, dass die heute geltenden Rechte der Bürger eingeschränkt werden. Jeder Bürger muss aber auch über seine eigenen Mitwirkungsmöglichkeiten informiert sein.

Die **FDP** im Kreis Heinsberg setzt sich für mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen ein. Die Gemeindeverwaltungen und die Gemeindevertreter sollen unmittelbare Rückmeldungen aus der Bürgerschaft zu den Zielen ihrer Politik erhalten. Die **FDP** setzt sich für sog. „Bürgerhaushalte“ ein. Dabei können Bürger Vorschläge für den Haushalt der Kommune machen. Der Sachverstand der Bürger darf nicht ausgeklammert bleiben.

Die Öffnungszeiten und Arbeitsabläufe der Verwaltungen sind bürgerfreundlich zu gestalten.

## X. aktive Verantwortung für unser Zusammenleben

Der Extremismus ist ein ernst zu nehmendes Problem. Die Liberalen im Kreis Heinsberg werden sich dafür einsetzen, dass extreme Gruppen nicht mehr Forum für ihre Parolen bekommen, als rechtlich zwingend ist. Alle Mittel des Rechtsstaates müssen ausgeschöpft werden, um zu verhindern, dass die extremistischen Gruppen ihr bürgerliches oder pseudosoziales Image weiter schärfen können. Die Demokratie stärkt man durch gute parlamentarische und demokratische Praxis. Die Demokraten müssen geschlossen gegen jede Form von Extremismus stehen.

Der Fraktionsstatus bedeutet auch für kleinere politische Gruppen verbesserte Arbeitsbedingungen. Denn die sehr personalisiert gewählten kommunalen Mandatsträger müssen mit angemessenen Rechten und Arbeitsbedingungen befähigt werden, ihren Wählerauftrag zu erfüllen.

Eine liberale Bürgergesellschaft braucht Freiheit zur Entfaltung, ebenso wie konsequenten Schutz vor Kriminalität, Belästigung und Unsicherheit. Beste Vorbeugung gegen Kriminalität, insbesondere bei jungen Menschen, sind Bildung und Ausbildung. Prävention und konsequente Bekämpfung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sind nicht nur Angelegenheit von Polizei und Behörden, sondern gehen uns alle an. Sicherheit ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft.

Wir wollen deshalb in Zusammenarbeit mit der Polizei Konzepte entwickeln, um frühzeitig der Entwicklung von sozialen Brennpunkten entgegenzuwirken. Nachbarschaftshilfen, Vereine, Verbände und Kirchen, die auch gefährdeten Kindern und Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung bieten, sind zu fördern. Für all dies brauchen wir auch eine angemessene Personal- und Finanzausstattung von Kommunen.

Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze stellt für Liberale keine Alternative für menschliche Hilfe dar. Die ständige Erreichbarkeit der zuständigen Personen ist sicherzustellen.

Verwaltungsvorschriften und Satzungen werden möglichst zeitlich begrenzt. Dadurch wird ein wirksamer Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet.

Zur Förderung des Engagements der Bürger im Ort sind verstärkt Bürgertelefone einzurichten. Dabei können auch Kompetenzen und Lebenserfahrung von Senioren erschlossen werden, die sich zu ihrem eigenen Schutz und im Interesse der Gemeinschaft einbringen wollen.

### **XI. Kreis Heinsberg: Im Herzen Europas**

Unsere heimische Wirtschaft muss im benachbarten Holland und Belgien die gleichen Chancen haben wie Firmen aus diesen Ländern sie bei uns vorfinden. Das bedeutet u.a.

- einen Abbau der überwuchernden Bürokratie
- die Förderung grenzüberschreitender Wirtschaftsstandorte
- die Verbesserung der Verkehrsanbindung
- den Abbau bestehender Hemmnisse für Arbeitskräfte und Betriebe.
- Keine weitere Beeinträchtigung der Tourismuswirtschaft.

### **XII. Wer soll das bezahlen?**

Die Finanzausstattung der Kommunen wird den zunehmenden Aufgaben nicht gerecht. Die Landesregierung verhält sich zentralistisch und verhindert mehr Eigenverantwortung der Kommunen. Statt politisch motivierter Vergabe von Fördermitteln brauchen wir eine klare Funktionsabgrenzung und die verfassungsrechtlich gebotene Konnexität von Aufgabenübertragung und dazugehöriger Finanzausstattung.

Die zunehmenden Disparitäten zwischen den Landkreisen erfordern mehr Autonomie zur Lösung der regional sehr unterschiedlichen Probleme. Kommunale Entscheidungen müssen sich an den gemeindlichen Notwendigkeiten orientieren und dürfen sich nicht auf Mitnahmeeffekte aus der Jagd auf Fördermittel reduzieren.

Das Subsidiaritätsprinzip muss Grundlage einer Gemeindefinanzreform sein, die eine echte Selbstverwaltung in den Kommunen ermöglicht. Die Landesebene ist auf die Kompetenzen zu beschränken, die von den Kreisen und Gemeinden nicht wahrgenommen werden können.

Sparsamkeit, Effizienz und Wirtschaftlichkeit sind auch bei verbesserter Finanzausstattung Grundprinzipien kommunaler Haushaltsführung. Mit der **FDP** wird es ein verständliches und aussagefähiges Rechnungswesen geben, das auch durch die Gemeindevertreter kontrolliert werden kann.

Neue Vorhaben sind streng auf Folgelasten wie Bewirtschaftungskosten, Personalbedarf und Instandhaltung zu prüfen.

Das für die Aufgabenerfüllung der Kommunen nicht zwingend notwendige Vermögen ist zur Haushaltssanierung heranzuziehen. Beteiligungen und Grundvermögen sind zu veräußern, wenn die dadurch mögliche Schuldentilgung mehr Zinslasten erspart, als ansonsten Einnahmen erzielt würden.

Die Mitarbeit politisch engagierter Bürger ohne Parteibuch in den Ortsverbänden und den Fraktionen ist nicht eine geduldete Ausnahme, sondern ein erstrebenswertes Ziel.

Mittelfristig muss es das Ziel sein, die Mindestrücklagen wieder zu bilden und im Rahmen des neuen kommunalen Finanzmanagement einen positiven Liquiditäts- und Ergebnissaldo zu erreichen. Der Kreis Heinsberg muss auch in Zukunft weiter handlungsfähig bleiben. Nur die **FDP** steht für eine seriöse Haushalts- und Finanzpolitik des Machbaren und ist für finanzielle Blindflüge der anderen politischen Parteien nicht zu haben.

**Nehmen wir also unser Schicksal in die eigenen Hände und gestalten unser Umfeld in Freiheit und eigener Verantwortung.**

**Der deutlichste Kontrast zur CDU!**

**FDP**

**im Kreis Heinsberg**